



Volksdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Samstag, 6. März 1926.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kf 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Nr. 56

Ausnahmzustand wegen — eines Steinwurfes

Wenn es die Regierung direkt darauf angelegt hätte, die deutsche arbeitende Bevölkerung zu provozieren, so hätte sie nicht anders reden können, als sie dies durch den Mund des Justizministers tat. Den Herren in den Ministerpalais fällt die tiefgehende Erregung, welche sich wegen der Sprachenverordnung, aber auch wegen der geplanten Steuer- und Zollattentate der deutschen Arbeiterschaft bemächtigt hat, schwer auf die Nerven. Sie möchten nach Krühen hin den Eindruck erwecken, die Tschechoslowakei gleiche einer friedlichen Himmelswiese, auf der liebe Engländer in fromm-heiteren Spielen sich ergötzen und der „Geist von Locarno“, der Geist der Versöhnung, waltet. Was sie aber dagegen tun, um die durch ihre Rücksichtslosigkeit hervorgerufene Empörung der deutschen Arbeitermassen zum Verstummen zu bringen, das heißt Öl ins Feuer gießen. Der oberste Hüter des Rechtes steigt mit den Manieren eines Champignon-Boyers in die politische Arena des Parteienkampfes — die ihm unterstehenden Staatsanwälte und Richter sollen dann frei von allen politischen Leidenschaften Recht suchen! — und beschimpft hunderttausende Menschen, die gegen nationale Entrechtung und soziale Bedrückung protestieren als „Querulanten“, für die, wenn sie auf der Straße zu demonstrieren wagen, der Bendref gerade gut genug ist. Fast zu gleicher Zeit hat die Regierung dieser ersten Provokation eine zweite folgen lassen, die offenkundig als Einschüchterungsmittel gedacht ist, die aber wieder nur das Gegenteil erreichen wird. Das Karlsbader Polizeikommissariat hat über Alt- und Neu-Fischern bei Karlsbad auf „Grund“ einer aus dem Jahre 1923 stammenden Kundmachung (!) des Ministeriums des Innern — mit welchem Recht, das soll gezeigt werden! — den Ausnahmestand verhängt und dies am 4. März durch Anschläge folgenden Inhalts bekanntgemacht:

- Nr. 3905.
- In den letzten Tagen war unser Polizeirahon der Schauplatz von heftigen Ausschreitungen, wobei die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört, sowie auch die Sicherheit der Personen und des Eigentums gefährdet wurde. Gestern wiederholte sich ein solcher Fall in Neu-Fischern.
- Infolge dieser Ereignisse finde ich mich bestimmt, für die Gemeinde Neu- und Altfischern im Grunde des § 3, Punkt 1, der Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 24. April 1923, Nr. 83, Slg. d. G. u. V. folgende außerordentliche Maßnahmen zu treffen:
1. Menschenansammlungen und Zusammenrottungen an öffentlichen Orten und Plätzen sind strengstens untersagt.
 2. Nach 9 Uhr abends darf sich niemand mehr auf der Straße aufhalten. Die Hausdore sind zu dieser Stunde zu schließen. Die Haushaltungsvorstände und Dienstgeber haben im Sinne des Paragraphen 21. Strafgesetzbuch Sorge zu tragen, daß niemand von dem Hausgehöfen nach 9 Uhr abends das Haus verläßt. Für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre ist auch während der Tageszeit der Aufenthalt auf der Straße ohne zwingende Gründe unstatthaft.
 3. Die Polizeisperrstunde für das Schank- und Gastgewerbe wird mit 9 Uhr abends festgesetzt. Nach Ablauf dieser Stunde dürfen in den betreffenden Lokaliäten keine Gäste verweilen. Gegen diejenigen, die dieses Verbot außeracht lassen würden, insbesondere aber gegen Ausschreitungen jedweder Art und Weise wird mit allen Mitteln der öffentlichen Macht rücksichtslos eingeschritten werden. Begangene Übertretungen werden nach den einschlägigen Vorschriften mit der größten Strenge geahndet.
- (§ 7 und 11 der Verordnung vom 20. April 1854, RGBl. 96, bezw. die Gewerbeordnung). Die Bevölkerung wird nachdrücklich aufgefodert, die Gesetze und Kundmachungen der Behörden zu beachten und unter allen Umständen Besonnenheit, Ruhe und Ordnung zu bewahren, da widrigenfalls schärfste Maßnahmen eventuelle auch die Verhängung des

Standrechtes in Anwendung gebracht werden müßte.

Polizeikommissariat, 4. März 1926.

Der Polizeirat und Kommissariatsleiter:
Dr. Vottava.

Ist jemand im Zweifel darüber, was damit beabsichtigt ist? Springt nicht jedem der wahre Zweck dieser mit dem Polizeiknäppel geschriebenen Kundmachung in die Augen? Glaubst ein Mensch im ganzen Staat auch nur einen Augenblick daran, die Verhältnisse in Fischern hätten wirklich einen solchen, den Staat und die öffentliche Sicherheit bedrohenden Umfang angenommen, daß die Staatsmacht mit dem normalen Rechtszustand nicht mehr ihr Auslangen findet und daher gezwungen ist, außerordentliche, die Freiheit der Staatsbürger einschränkende Maßnahmen zu treffen? Was ist denn in Fischern geschehen, daß das Karlsbader Polizeikommissariat den Aufenthalt der Bewohner auf der Straße nach 9 Uhr abends verbietet, die Schließung der Hausdore um dieselbe Zeit verfügt, den Polizeisperrstunde mit 9 Uhr abends festsetzt und bei Nichtbeachtung dieser Ausnahmeverfügung mit „rücksichtslosem Einschreiten“, mit der Anwendung „aller Mittel der öffentlichen Macht“, ja sogar mit der Verhängung des Standrechtes (!) — wohlgerneht: das Polizeikommissariat!! — droht? Der Polizeirahon — in der Vorstellung eines Polizeigehirns gibt es nicht Orte oder Gebiete, sondern eben nur: Polizeirahons! — soll „Schauplatz von heftigen Ausschreitungen gewesen sein, durch welche angeblich die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört und sogar die Sicherheit der Personen und des Eigentums (??) gefährdet wurde. Gemeint ist die Demonstration der Karlsbader sozialdemokratischen Arbeiterschaft, bei der wohl die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wurde, aber nicht durch die demonstrierenden Arbeiter, sondern durch die Polizei, die ohne jeden Grund mit ihren Knäppeln in die Menge dreinschlug und sogar mit den Revolvern drohte. „Vollkommenwert“ waren diese Ausschreitungen schon, aber es waren nur Ausschreitungen der Polizei und es ist nicht einzusehen, wieso sie zur Begründung der Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bevölkerung herangezogen werden können! Wo und wann übrigens das „Eigentum gefährdet“ wurde, wird niemand angeben können und es liegt auf der Hand, daß die Polizei diese Behauptung nur erhebt, um die Demonstranten als eigentumsgefährliche Individuen hinzustellen, gegen welche der Bendref in Aktion treten mußte. Und damit kommen wir auf den eigentlichen Zweck der Verhängung des Ausnahmestandes: erstens soll er einschüchternd wirken und zweitens soll durch ihn die nachträgliche Rechtfertigung der Polizei-attaque künstlich konstruiert werden. Die Maßnahme des Karlsbader Polizeikommissariats ist Vorbereitungsarbeit für die unausschließliche Parlamentsdebatte über die Karlsbader Vorfälle, zu der die Rede des Justizministers Dr. Biskupin das Präliminar gewesen ist, der schon im Vorhinein die Polizei unschuldig, die Demonstranten schuldig gesprochen hat.

Doch die Kundmachung macht für die Notwendigkeit der Verhängung des Ausnahmestandes noch einen Grund geltend. Es habe sich „gestern ein solcher Fall (nämlich die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und der Gefährdung der Sicherheit der Personen und des Eigentums) in Neu-Fischern wiederholt“. In der Nacht vom 3. auf den 4. März wurde, so behauptet die Polizei, aus einer Gruppe von jungen Leuten gegen einen Polizisten ein Stein geschleudert. Ein geschleudertes Stein, das genügt zur Verhängung des Ausnahmestandes noch einen Grund geltend. Der Täter, man tut besser von einem angeblichen Täter zu sprechen, wurde nicht erwischt und er wird, wie wir überzeugt sind, auch nie festgestellt werden, wir erlauben uns sogar daran zu zweifeln, daß der Täter überhaupt existiert.

Der Schiedsvertrag mit Oesterreich.

Gestern in Wien unterzeichnet. — Ein ständiger Vergleichsrat.

Wien, 5. März. (M.) Heute vormittags erschien der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš in Begleitung des Geschäftsträgers Pacal beim Bundeskanzler Dr. Ramek. Nach einigen Worten der Begrüßung wurde um zehn Uhr zur Unterzeichnung des österreichisch-tschechoslowakischen Schiedsgerichtsvertrages geschritten, die im Arbeitszimmer des Bundeskanzlers vorgenommen wurde. Hieran schloß sich eine einseitige ständige Aussprache, die sich auf die Gesamtheit der beiden Länder interessierenden Fragen bezog. Einen besonders breiten Raum nahm die Besprechung der handelspolitischen Beziehungen der beiden Staaten ein.

Von der Politischen Korrespondenz wird folgende Mitteilung vom Inhalte des Vertrages ausgegeben:

Die vertragsstiftenden Teile bezeichnen in der Einleitung als Mäcöe des Vertrages den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zu fördern, den Entschluß, den Grundätzen des Völkerbundes weitgehende Anwendung zu gewähren, und den gemeinsamen Willen, die Durchführung der bestehenden oder etwa einzugehenden Veröffentlichungen, betreffend die friedliche Austragung der Streitigkeiten, zu sichern. Der Vertrag unterscheidet Streitigkeiten, die ihren Grund darin haben, daß einander die Parteien ein Recht bestritten, und Streitigkeiten anderer Art. Die ersterwähnten Streitigkeiten werden ohne Ausnahme, wenn sie nicht durch diplomatische Mittel auf freundschaftliche Weise geschlichtet werden können und zu ihrer Austragung nicht durch ein zwischen den Parteien in Kraft stehendes Übereinkommen bereits ein besonderes Verfahren vorgegeben ist, zunächst, falls es nur ein Streitteil wünscht, einem neu zu gründenden ständigen Vergleichsrat über-

wiesen. Dieser Vergleichsrat soll binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages gebildet werden. Er wird aus drei Mitgliedern bestehen, von denen die Parteien je eines aus ihren Staatsangehörigen ernennen, während der Vorsitzende von ihnen im gemeinsamen Einverständnis aus den Angehörigen einer dritten Macht zu berufen ist. Wenn sich die Parteien nicht auf den Vorsitzenden einigen können, wird der Präsident der Schweiz gebeten werden, den Vorsitzenden zu berufen. Wenn vor dem Vergleichsrat ein Vergleich nicht zustandekommt, soll der Streitfall von beiden Parteien einvernehmlich dem ständigen internationalen Gerichte des Völkerbundes unterbreitet werden. In Ermangelung eines solchen Einverständnisses wird aber jede der Parteien das Recht haben, den Streitfall mittels Klageerhebung einseitig vor den Ständigen internationalen Gerichtshof zu bringen. Den Parteien bleibt das Recht gewahrt, falls sie es in einem konkreten Falle wünschen, den Streit nicht an den Ständigen internationalen Gerichtshof, sondern an ein besonderes Schiedsgericht zu bringen, wobei die Bestimmungen des Haager Übereinkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 Anwendung zu finden haben.

Schließlich verpflichteten sich die beiden verhandelnden Teile, sich während des Laufes eines auf Grund des Vertrages eingeleiteten Verfahrens jeder Maßnahme zu enthalten, die geeignet wäre, der Entscheidung oder dem Vergleich vorzugreifen oder den Streitfall zu verschärfen.

Der Vertrag soll ratifiziert werden und wird für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Er soll, wenn er nicht ein Jahr vor Ablauf des Vertrages gekündigt wird, für weitere zehn Jahre laufen.

Dieser Steinwurf, der, man könnte es ab-schwören, nie getan wurde, kam dem allmächtig sich dünenden Leiter des Karlsbader Polizeikommissariats Dr. Vottava sehr gelegen! Wie viel Steine müßten in Oesterreich geschleudert werden, ehe die Regierung, der man übrigens auch keinen Mangel an Polizeisinn nachsagen konnte, sich zu außerordentlichen Ausnahmeverfügungen entschloß! In der tschechoslowakischen Demokratie genügt schon ein Stein, um die staatsbürgerlichen Rechte der Bewohner einer ganzen Stadt zu konfiszieren. Noch dazu ein Stein, der nicht existiert, der nur in der Phantasie der Polizei vorhanden ist und der der Regierung, die sich wegen der Karlsbader Ereignisse vor dem Parlament zu verantworten haben wird, als Beweis dienen soll, wie furchtbar gespannt die Situation in Karlsbad und Umgebung geworden ist, so daß der Bendref bei der bewußten Demonstration nur seine Pflicht tat.

Aber was das Unglaublichste ist, der Polizeirat Dr. Vottava hat mit seiner Kundmachung eine Maßnahme getroffen, die mit jedem Worte seinen Wirkungskreis überschreitet und die in allen Teilen absolut ungesetzlich ist! Hat man es jemals erlebt, daß ein Polizeirat (!) einen Ausnahmestand zu verfügen berechtigt ist? Nirgends in der Kundmachung kann sich der Polizeirat auf eine gesetzliche Bestimmung berufen, nach der er berechtigt wäre, eine solche Maßnahme zu treffen. Der Paragraph 3 des Punktes 1 der Kundmachung des Ministeriums des Innern, vom 24. April 1923, Nr. 83, Slg. d. Ges. u. Vdg., auf den in der Kundmachung einleitend Bezug genommen wird, enthält nichts als eine — Umschreibung des Wirkungskreises der Karlsbader staatlichen Polizei! Es ist glatter Unsinn, sich auf diesen Paragraphen zu beziehen, ebensogut hätte sich der Polizeileiter auf das Jagdgesetz oder auf den Handelsvertrag mit Uruguay berufen können. Es besteht wohl ein Gesetz über außerordentliche Verfügungen, das ist das Gesetz vom 14. April 1923, Nr. 300, Slg. d. Ges. u. Vdg., auf Grund dessen die gewährleisteten Freiheiten der Staatsbürger einge-

beschränkt oder aufgehoben werden können. Aber der Paragraph 3 dieses Gesetzes bestimmt ausdrücklich: „In den außerordentlichen Verfügungen ist ein vom Präsidenten der Republik genehmigter Beschluß der Regierung notwendig.“ Und der Paragraph 15 verpflichtet die Regierung, die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen spätestens innerhalb 14 Tagen der Nationalversammlung, oder wenn diese nicht tagt, dem ständigen Ausschusse vorzulegen. Es ist also klar gesagt: solche außerordentliche Verfügungen kann nur die Regierung beschließen und außerdem ist die Genehmigung des Präsidenten der Republik erforderlich. Was dieser Dr. Vottava sich also geleistet hat, ist eine Röpenklade ärgster Art, über die man herzlich lachen könnte, wenn sie nicht auf Kosten der Freiheit der Bewohner einer ganzen Stadt ginge, und wenn nicht die Regierung, anstatt den Beamten, der vom Gesetze keine Ahnung hat, wegzuschicken, ihn noch decken würde. Nur ein Ignorant, der Gesetze nicht zu lesen versteht, kann der Meinung sein, daß hier keine lächerliche Geschicklichkeit vorliege, dennoch hat sich die Regierung trotz einer gestrigen erfolgten Aussprache bei ihr nicht entschlossen, Ordnung zu machen und den polizeilichen Gesetzesbrecher davonzujaagen. Aber es staune niemand, wenn er hört, daß nun schon jeder Polizist sich anmaßen kann, Verfügungen zu treffen, die ausschließlich in die Kompetenz der Regierung und des Präsidenten der Republik fallen, denn wenn die Polizei sieht, wie die Regierung — siehe Sprachenverordnung — sich über die Gesetze und staatsbürgerlichen Rechte hinwegsetzt, und wie im Parlamente, das der Herr und Schutz der Freiheit der Bevölkerung sein sollte, diese Freiheit und die Demokratie mit Füßen getreten werden, dann ist es nur zu begreiflich, wenn auch der Polizei der Kamm schwillt und sie sich allmächtig dünkt.

Der Fall ist charakteristisch für unsere gesamtstaatlichen Verhältnisse, er ist kein Einzelfall, sondern der Ausdruck des reaktionären Systems, das hier ohne Hemmungen herrscht!

Inland.

Der Kampf um die Getreidezölle.

Die tschechischen Agrarier sind entschlossen, einen energischen Kampf um die Einführung fester Getreidezölle zu führen. In seiner Bilanz Rede hat der Landwirtschaftsminister Dr. Podzka den Kustaf dazu gegeben. Vor einigen Tagen hat nun der Klub der tschechisch-agrarischen Abgeordneten und Senatoren eine Sitzung abgehalten, in der Abg. Dr. Jadrina über die Agrarzölle referierte und ihre Notwendigkeit mit dem bevorstehenden Inkrafttreten der Sozialversicherung, die für den Landwirt eine schwere materielle Belastung bedeute, begründete. Zum Schluss stellte Dr. Jadrina folgende Forderungen auf: 1) Hohe Getreidezölle mit einem der Entwertung der Währung entsprechenden Valutakoeffizienten. (Der Weizenoll betrug vor dem Kriege 15 Heller, er müßte also jetzt, nach Jadrina, mindestens 90 Heller pro Kilogramm betragen.) 2) Solange der feste Getreidezoll nicht eingeführt ist, Verbot der Einfuhr ausländischen Getreides. (Wie unfinnig diese Forderung ist, geht daraus hervor, daß wir etwa ein Drittel des konsumierten Brogetreides einführen müssen.) 3) Erleichterung der Vieheinfuhr durch veterinärpolizeiliche Vorschriften. (Das ist dasselbe Spiel, das Dohrenblum gegenüber den serbischen Schweinen gespielt hat.)

Aus dem agrarischen Feldzug für die festen Getreidezölle geht wohl zur Genüge hervor, daß die Notwehr der drohenden Gefahr von höheren Mehl- und Brotpreisen gegenüber einer der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse ist.

In diesem Tone spricht ein Polizeirat!

An leitender Stelle besprechen wir die von dem Leiter des Karlsbader Polizeikommissariats mit Umgehung des Gesetzes verhängte Verhängung des Ausnahmezustandes über die Stadt Fischern. Der Mann heißt, den Namen muß man sich merken, Dr. Bottava! Was gehen ihn Gesetze an, er macht sie sich selbst, wie er sie braucht und wie sie seinem polizeilichen Größenwahn entsprechen. Er hat sich noch vor der eigenmächtigen Verhängung des Ausnahmezustandes ein Stücklein geleistet, das allein schon wert wäre, die allgemeine Aufmerksamkeit auf dieses solbarte Polizeiorgan zu lenken. In dem Bescheid über die Anzeige unserer Genossen in Karlsbad betreffend die Abhaltung der Protestversammlung, nach deren Schluß es zu den bekannten polizeilichen Ausschreitungen kam, hat Herr Bottava den Einberufern der Versammlung folgendes aufgetragen:

„Allen Anordnungen des intervenierenden Polizeibeamten haben Sie sowie alle übrigen Veranlasser, zu gehorchen.“

Wichtiglich fordere ich Sie auf, die eventuelle Resolution dem intervenierenden Beamten spätestens bei der Eröffnung der Versammlung zur Einsicht vorzulegen.“

Abgesehen davon, daß es keine gesetzliche Bestimmung gibt, welche die Einberufer einer Versammlung zwingen würde, Resolutionen „spätestens bei der Eröffnung der Versammlung“ zur Einsicht vorzulegen, bedient sich der Mann eines Tones, der einfach unerträglich ist. Die österreichischen Polizeiseelen waren wohl verknöcherte Bürokraten ärgster Art, aber sie hatten doch wenigstens so viel Schlich, daß sie bei der Abfassung von Schriftstücken sich nicht eines Tones bedienten, wie er auf den Rasernhöfen oder etwa gewalttätigen Schwerverbrechern beim Polizeiverhör gegenüber üblich sein mag. Sie haben „zu gehorchen“, — ist das der Ton, in dem ein staatlicher Beamte, auch wenn er ein Polizei-

Für den ärmsten Böhmerwald.

Konstituierung eines Hilfskomitees in Prag.

Die rage Anteilnahme unserer Parteioffentlichkeit an dem traurigen Schicksal der Arbeitslosen des ärmsten Böhmerwaldgebietes hat bereits in einer Reihe von spontanen Handlungen, Geldspenden, Sammlungen usw. ihren Ausdruck gefunden. Obwohl wir gemäß unserer Tradition und der tieferen Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse von der privaten Wohltätigkeit nur eine unzureichende Milderung des Proletariats elends im Kapitalismus erhoffen, ist jedoch gerade in diesem Falle der Gedanke einer privaten Förderung der verlangten staatlichen Notstandsaktion sehr naheliegend. In der Bezirksorganisation Prag ist daher der Gedanke aufgetaucht, die private Hilfeleistung sowohl der Parteigenossen als auch der Fernstehenden an einer bestimmten Stelle zu zentralisieren.

Am Mittwoch, den 24. Feber fand unter dem Vorsitz des Genossen Moritz Deutsch die konstituierende Sitzung des Komitees „Böhmerwaldhilfe“ statt. Es wurde beschlossen, den Ausschuh durch eine Reihe unparteiischer sowie anders gesinnter Persönlichkeiten zu ergänzen, damit von vornherein der Verdacht ausgeschaltet wird, als ob die Partei von der Not der armen Böhmerwälder irgendwie politisch profitieren wolle. Das Komitee hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen und wird in der nächsten Zeit im Bereiche von Groß-Prag eine Sammelaktion durchführen. Die Verteilung der eingelangten Geld- und Naturalspende wird durch einen im Notstandsgebiete gebildeten überparteilichen Hilfsausschuh erfolgen. Die Redaktion und Verwaltung unserer Parteipresse hat die bisher

direkt eingelangenen Spenden dem Komitee „Böhmerwaldhilfe“ überwiesen.

Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß die Klub unserer Abgeordneten und Senatoren erforderte staatliche Hilfeleistung für die Arbeitslosen dieses Notstandsgebietes einen sehr schleppenden Gang geht. Trotz wiederholter Vorprache ist es bisher nicht gelungen, die unmittelbare Finanzgriffnahme der Hilfsaktion durchzusetzen. Hoffentlich gelingt das in kürzester Frist, denn sonst ist zu befürchten, daß sich der von allen Seiten verlassenen Menschen die Verzweiflung bemächtigt.

2. Spenderausweis.

Lokalorganisation Eulau 300 K, Lokalorganisation Polih a. E. 100 K, Tischgesellschaft Rumburger Bierhalle, Daida 222 K, Protestversammlung in Tetschen am 21. Feber 420 K, Exekutive der Lokalorganisation Sobochleben 35 K, Frau Sofi Storch-Strochwig 100 K, Lokalorganisation Nieder-Ebersdorf bei Wensn 100 K, Ungenannt Tetschen 100 K, Arbeitergefangenenverein Steindorf 50 K, Arbeiterturnverein Mies 50 K, ein ungenannt sein wollender Genosse 2000 K, Adolf Schmid, Teplitz-Schönau 10 K, A. E., Bodenbach 40 K, Sammlung in der Volksversammlung in der „Ritterburg“ in Turn-Teplitz 279.39 K, Zentralverband der Kleinbauern u. Häusler, Teplitz-Schönau 50 K, Sammlung vom Hausball am 27. Feber, Bodenbacher Volkshalle 102 K. — Bereits ausgewiesen 2533 K; zusammen K 6496.39.

organ ist, mit freien Staatsbürgern reden darf? Wundern man sich dann, daß dieser Herr, der mit Staatsbürgern so redet, als wären sie eine Kanaille, sich mächtiger fühlt als die Regierung und als der Präsident der Republik, indem er aus eigener Machtvollkommenheit den Ausnahmezustand über eine Stadt verhängt und sogar den Belagerungszustand ankündigt? Solche Blüten wachsen auf dem Baum der tschechoslowakischen Demokratie und Freiheit. Dr. Bottava, der Name soll nicht untergehen, er wird bestehen bleiben als ein Symbol des reaktionären Koalitionsregimes, das solche Produkte mit Naturalnotwendigkeit hervorbringen muß!

Eine Reformierung der Bodenamtsverwaltung ist dringend notwendig

Das Gesetz über die Einräumung des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes wurde feinerzeit früher als die Verfassung beschlossen. Daraus haben sich im Laufe der Zeit unhaltbare Zustände entwickelt, für deren Beseitigung ein Gesetzesantrag der Senatoren Genossen Dr. Heller, Rießner und Genossen eintritt, der eine Änderung des § 9 des Gesetzes vom 11. Juni 1919, Nr. 330, Sg. d. S. u. Vdg. fordert, und der lautet:

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel I.

§ 9 des Ges. vom 11. Juni 1919 Nr. 330, Sg. d. S. u. Vdg., wird dahin geändert, daß hinter die Worte: „Narodnim shromadnim“

eingeschaltet werden die Worte: „und zwar acht vom Abgeordnetenhause und vier vom Senat“.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Artikel III.

Die Durchführung dieses Gesetzes obliegt allen Ministern.

In der Begründung dieses Gesetzesantrages heißt es:

§ 9 des Gesetzes vom 11. Juni 1919, Nr. 330 Sg. d. S. u. Vdg. enthält die allgemeine Bestimmung, daß die Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes von „der Nationalversammlung“ gewählt werden. Durch die mittlerweile beschlossene Verfassung wurden zwei Kamern, das Abgeordnetenhause und der Senat eingeführt, weshalb klargestellt werden muß, wieviele von den Mitgliedern vom Abgeordnetenhause und wieviele vom Senat zu wählen sind. Diese Klarstellung ist umso dringender, als die auf drei Jahre festgesetzte Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsausschusses bereits längst abgelaufen ist, ganz geschildrig eine Ernennung von Mitgliedern durch die Regierung stattgefunden hat und die Neuwahl derselben ehestens erfolgen muß, wobei auch die bisher nicht vertretenen Parteien eine angemessene Vertretung zu erhalten haben.

Ein Antrag über die finanzielle Bedienung entfällt, weil durch diesen Antrag keine Kosten entstehen.

Es wird beantragt, diesen Gesetzesantrag dem verfassungsrechtlichen Ausschuh zur Berichterstattung binnen acht Tagen zuzurufen.

Die Goldwähler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

62 von Emil Droonberg.

Sie bogab sich daher an ihren Platz am Ufer des Juson jurid, von wo sie schon vorher die Ankunft des Dampfers beobachtet hatte. Hier öffnete sie den Brief.

Das Erste, was ihr dabei in die Hände fiel, war eine kanadische Hundertdollarnote.

Bewundert entfaltete sie den Brief und las: „Dawson, 18. Mai 1898.“

Meine liebe Eileen!

Ich bin in großer Sorge um Sie, denn ich weiß sehr, daß die Nachricht über Ihren Vater, die Sie veranlaßt, sich von mir in Fort Selfist zu trennen, um ihn am Bootaliqua aufzusuchen, falsch war, was Sie inzwischen ja wohl auch schon erfahren haben werden. Ich kann mich denken, wie niederschmetternd das für Sie gewesen ist.

Ich beileide mich daher, Ihnen eine Nachricht zu senden, die alle Ihre Ungewißheit beseitigen wird. Ich habe nämlich den Aufenthalt Ihres Vaters ausfindig gemacht. Es war selbstverständlich, daß ich hier einige Nachforschungen nach ihm anstellte, da Sie doch seine letzten Briefe aus Dawson erhalten hatten. Da erfuhr ich denn, daß er zuletzt eine Anstellung als Geigenpieler in einem hiesigen Trinksalon innegehabt hatte. Eine Nachfrage dort ergab aber, daß er diese Beschäftigung schon vor Eintritt des Winters wieder aufgegeben hatte, um mit einem Pariner nach den Johnson-Mountains zu gehen, wo dieser, wie man annahm,

einen reichen Placer entdeckt hatte. Beide hatten das natürlich als Geheimnis behandelt, aber die Vermutung der Leute war doch richtig, denn der Partner ist jetzt hier wieder eingetroffen, um die Claims für sich und Ihren Vater einzutragen zu lassen.

Leider aber auch noch aus einem andern Grunde: Er kam auch nach Dawson, um den Arzt zu befragen und Medizin zu holen für Ihren Vater, der sehr krank und schwach ist.

Er kehrt morgen bereits zu ihm zurück und ich habe mich entschlossen, ihn zu begleiten. Vielleicht kann ich Ihren Vater irgendwelchen Beistand leisten. Sie brauchen aber deswegen nicht zu glauben, daß es mir die Nächstenliebe ist, die mich dazu veranlaßt. Es ist im Gegenteil der reinste Eigennutz, denn ich beabsichtige, dort für mich einen Claim zu belagen.

Ich nehme an, daß Sie, da Ihr Vater sehr krank zu sein scheint, den Wunsch haben werden, möglichst schnell zu ihm zu gelangen, und damit Sie dazu in der Lage sind, sende ich Ihnen hiermit 100 Dollar. Sie sind mir dafür keinen Dank schuldig, denn sie sind mir für diesen Hrod von dem Partner Ihres Vaters übergeben worden.

Den Claim Ihres Vaters werden Sie leicht auffinden, denn er liegt an der Stelle, wo der Squaw-River, der ein Nebenfluß des Juson ist, aus den Bergen in das flache Land tritt.

Ich denke, die beste Medizin werde ich Ihrem Vater mit der Nachricht bringen, daß Sie zu ihm unterwegs sind.

Einem baldigen Wiedersehen mit Ihnen freudig und mit größter Ungeduld entgegensehend, bin ich

Ihr treuer Freund

Esker.

Der Brief hatte einen Sturm der widerstreitendsten Gefühle in Eileen erweckt. Blüh schnell überdachte sie alle Möglichkeiten, die die

Der Ostrauer Streik — ein großer Irrtum.

Eingeständnis der Kommunisten.

Man erinnert sich noch des Streikputches der Kommunisten im Ostrauer Revier. Durch eine Spindelabstimmung und durch direkten Vertrag wurden damals tausende von Arbeitern in einen Streik gehest, dessen Aussichtlosigkeit von vornherein feststand. Alle diejenigen, welche die Arbeiter damals warnten, wurden von den Kommunisten als Verräter hingestellt, der Streik selbst als notwendig und für die Arbeiterschaft als nützlich bezeichnet.

Sie anders denken die Kommunisten über diesen Streikputsch heute. Derselbe Kohn, der damals den Streik verteidigt hat, bekennt nunmehr seinen Irrtum. Anlässlich der Sitzung der erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationalen kam es nach einem Referate Solowskys zu einer Debatte, in der auch der Gewerkschaftsreferent der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, eben Herr Kohn, auftrat. Er schimpfte erst um der hohen Versammlung zu zeigen, was er für ein Mordstler und guter Kommunist sei, nchlich auf die reformistischen Führer, die beim Streik angeblich nur bedrohen mitgetan hätten (auf den Gruben, wo die Kommunisten in der Mehrheit waren, streikten nämlich auch die anderen Arbeiter), um die Kommunisten zu „kompromittieren“. Schrecklich, was man den Kommunisten in ihrer blütenweißen Unschuld antun will! Man will sie kompromittieren. Da muß doch jeder kommunistische Arbeiter einsehen, welsch schlechten Kerle doch die Amtserbauer sind.

Aber das Röstlichste ist folgendes. Nach der Meldung des „Rude Pravo“ erzählte Herr Kohn in Moskau:

Die Kommunisten begingen damals einen Irrtum, weil sie die eigene Kraft überschätzten.

Das machen die Kommunisten immer so. Wenn sie etwas tun, was für sie eine Dummheit ist, für die Arbeiterschaft aber von unheilbarem Schaden, dann beschimpfen sie diejenigen, welche eine Dummheit eben eine Dummheit heißen und ein Verbrechen als solches bezeichnen. Und wenn das die Arbeiterschaft einseht, dann helfen sich die Kommunisten mit der Vereueruna, daß sie sich geirrt haben. Die Arbeiterschaft aber muß diese Methode durchschauen und bei jeder Aktion der Kommunisten, diesen ihre Irrtümer vorhalten.

Zum Sprachengebrauch der Landesauschüsse.

Nach Artikel 88 der Sprachenverordnung vom 8. Feber 1926, Sg. Nr. 17, regeln die Landesauschüsse den Sprachengebrauch bei ihrer Amtierung im Geiste dieser Verordnung durch Beschlüsse, die der Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern genehmigt und die dann in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen verlaubar werden. Diese Verlaubarung ist bisher nicht erfolgt. Es ist deshalb der Sprachengebrauch der Landesauschüsse bisher überhaupt nicht geregelt. Diesem ungeregelten Zustand müht nun der böhmische Landesverwaltungsauuschuh dazu aus, mit den deutschen Bezirken und Gemeinden nur in tschechischer Sprache zu verkehren. Offenbar soll damit der künftigen Regelung des Sprachengebrauches der Landesauschüsse präjudiziert werden. Es wird deshalb notwendig sein, daß die deutschen Bezirke und Gemeinden, deren Verhandlungssprache ausschließlich die deutsche ist, die tschechischen Zuschriften der Landesauschüsse zwar annehmen und erledigen, die Erledigung aber in der Verhandlungssprache, also in der deutschen Sprache verfassen (Artikel 78 der Sprachenverordnung) und abgesehen hiervon vom Landesauschuh auch eine deutsche Ausfertigung seiner Zuschrift verlangen.

Sie mitnehmen will, können Sie ja dann noch immer erst einmal mit ihm verhandeln. Auf jeden Fall wird man aber von ihm erfahren, wo sie liegen, wie lange die Reise vermutlich dauern wird und was sonst noch von Interesse ist.“

Eileen nahm den Vorschlag dankbar an und Williams machte sich sofort auf den Weg.

Nach etwa einer Stunde kam er wieder zurück und berichtete, daß es ein älterer Mann sei. Ein Partner habe sich noch nicht gemeldet. Er habe sich daher entschlossen, am übernächsten Tage allein abzureisen, sei aber bereit, Eileen mitzunehmen, wenn sie ihren eigenen Proviant liefern und die leichteren Handarbeiten und besonders die Herrichtung der Mahlzeiten übernehmen wolle. Kosten würden ihr dadurch nicht entstehen. Ein Mann, groß genug für zwei Personen, und die Ausrüstung besitze er. Die Reise würde erst eine Strecke südwärts gehen bis an die Mündung des Squaw Rivers, und dann würden sie diesen hinausfahren bis nahe zu seiner Quelle, etwa sechshundert Meilen weit. Er habe offenbar auch schon von den Goldfunden dort gehört und sei ganz begierig, sich Glück in dieser Gegend zu versuchen. Das bedeute natürlich nichts, denn Gerüchte von Goldfunden schwirrten in der Luft herum wie fliegenschwärme.

Am nächsten Tage suchte Eileen in Begleitung von Williams den Mann auf.

Er gefiel ihr nicht recht, ohne daß sie aber hätte sagen können, was sie an ihm auszusuchen hatte. Schließlich schätzte man auch Prospektoren nicht nach ihrem Neukeren ein. Wenigstens war er aber ein sogenannter Old-timer, also ein Mann, der sich schon lange im Lande befand und der mit den Schwierigkeiten der Reise fertig zu werden wissen würde. Das beruhigte sie etwas. Ueberdies blieb ihr auch gar keine Wahl.

Sie entschloß sich daher, die Reise in seiner Begleitung anzutreten und verabredete mit ihm, daß der Ausbruch am andern Morgen in aller Frühe stattfinden sollte. (Fortsetzung folgt.)

empfangenen Nachrichten vor ihr eröffneten und die notwendigen Entschlüsse, die sie von ihr forderten.

Wie gut, daß sie den Brief noch heute erhalten hatte, denn morgen wäre sie selbst schon nach Dawson unterwegs gewesen und damit von neuem in die Irre gegangen.

Daß sie die Reise nach dem angegebenen Orte ohne jeden Verzug unternehmen mußte, stand bei ihr nicht in Frage. Ihr Vater war krank, sehr krank, wie Esker schrieb, das machte es selbstverständlich.

Nach einer Weile erhob sie sich und kehrte nach dem Boardinghause zurück. Dort gab sie Mr. und Mrs. Williams den Brief zu lesen. Zugleich gab sie ihnen aber auch ihren Entschluß bekannt, abzureisen, sobald sie ausfindig gemacht habe, wo die Johnson-Mountains lagen und wie sie dahin gelangen könne.

„Johnson-Mountains?“ sagte Mr. Williams sinnend, indem er sich mit der Hand über die Stirn strich, wie um sein Gedächtnis zu wecken. „Ich glaube, ich habe erst dieser Tage den Namen irgendwo gelesen.“

Er ging an einen Seitentisch und nahm von diesem die neueste Nummer des „Juson Kurier“, der ersten und einzigen Zeitung der Stadt. Sie bestand aus vier Seiten, wovon fast die Hälfte Inserate waren. Unter diesen begann er zu suchen.

„Richtig! Wuhie es doch“, rief er dann, als er offenbar gefunden hatte, was er suchte. „Hier ist ein Inserat, in dem einer einen Partner für eine Prospektortour nach den Johnson-Mountains sucht. Vielleicht können Sie sich da anliehen.“

Eileen nahm das Blatt und las die Anzeige, die auch die Adresse des Boardinghauses enthielt, in dem der Mann wohnte.

„Das kommt ja wie gerufen“, sagte sie. „Well, ich denke, es ist am besten, ich suche den Mann auf und spreche mit ihm. Wenn er

Schreden des Militarismus im Frieden.

Eine furchtbare Explosion in Prag.

Mitten in der Stadt liegt ein Transport von 400 Handgranaten in die Luft. - Zwei Tote und 69 Verwundete. - Werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?

In den Mittagsstunden des gestrigen Tages wurde Prag der Schauplatz einer furchtbaren Katastrophe, die zwei Menschenleben kostete, viele andere gefährdete, und, wenn das Verhängnis es gewollt hätte, noch weit größere Opfer hätte fordern können. Wir bringen über den Hergang der Katastrophe unten einen ausführlichen Bericht. Bevor wir aber den Tatbestand berichten, müssen wir mit allem Nachdruck feststellen, daß dieses Unglück, das Menschenleben zerstörte und an die hundert Menschen an Leib und Gesundheit schädigte, auf das Schuldkonto des Militarismus zu buchen ist, der in diesem Staate herrscht. In doppelter Hinsicht ist das System für das Entsetzen verantwortlich zu machen, das sich gestern über die Hauptstadt der Republik verbreitete und essen Kunde in wenigen Stunden über die Grenzen nach Wien und Berlin drang. Schuld trägt das System, das überhaupt diese kostspielige Soldatenspielerlei ermöglicht und mitten in einer Großstadt Kasernen erhält als stets mahnende Zeugen der Gefahren, die uns umgeben. Schuld trägt die militärische Intransigenz, die nicht verhin dert, ja es vielleicht sogar gebot, daß hunderte Handgranaten, die zu den leichtentzündlichsten Geschossen gehören, auf einem gebrechlichen Fuhrwerk, mangelhaft gesichert, durch die belebtesten Straßen der Stadt geführt werden. Es ist zur Stunde nicht festgestellt, ob die leitenden Faktoren überhaupt daran denken, das geschehene Verbrechen zu sühnen und für die Zukunft Mahregeln zu treffen, die solche Katastrophen unmöglich machen. Als Sozialisten, die den Militarismus und seine Methoden seit je bekämpft haben, klagen wir das System an, das uns seit Jahren alle Schlägen der alten monarchistischen Soldateska in neuer Auflage bietet, das durch sein bloßes Vorhandensein eine stete Gefahr des Friedens mit den Nachbarn und der Ruhe im Staate ist, das durch seine Nichtachtung des menschlichen Lebens bei jedem Manöver, im täglichen Dienst und durch die Wirtshaft in den Kasernen jährlich eine Anzahl junger Menschen in den Tod schickt. Die Soldaten selbst morde häufen sich, die Todesfälle bei Übungen und durch die alltägliche Schlampe rei nehmen zu und nicht nur auf dem Exercierplatz, nicht nur in den Militärbaracken der Slowakei, nein, im Herzen der größten Stadt der Republik sucht der Militarismus seine Opfer. Es ist nicht auszudenken, welches Unglück gestern in Prag geschehen konnte, wenn der Transport an einer anderen Stelle in die Luft flog. Die seelischen Bürger sind auf der Straße ihres Lebens nicht mehr sicher, die Wirtshaft, die aus kostbarem Steuergeld geschaffen, angeblüh Schut der Bürger gegen den „äußeren Feind“ sein soll, wird mitten im Frieden zum Mordinstrument gegen die Bevölkerung. Zur selben Stunde, da die leitenden militärischen Kreise und das Ministerium für nationale Verteidigung das Gesetz biegen und die Wehrpflicht verlängern wollen, beweist die Militärverwaltung, daß die Bevölkerung allen Grund hat, den Militarismus zu fürchten, zu hassen und abzubauen. Schreden und Entsetzen hat gestern Prag erlebt, und auch die sicher einwandfrei patriotisch-tschechische Bevölkerung war erregt und empört, sah plötzlich mit eigenen Augen, welche Gefahr ein System bedeutet, das sie bisher fördern zu müssen glaubte, weil seine täglichen Opfer nicht in den Straßen Prags, sondern auf den Exercierplätzen der Slowakei fielen. Wir klagen das System an, wir klagen die verantwortlichen Faktoren an, die durch ihren Befehl oder durch die Außerachtlassung nötiger Vorsichtsmaßnahmen gestern ein Unheil verhängel haben, das bei allem tragischen Ausmaß noch verhältnismäßig beschränkt blieb, das leicht ein Duzend Menschenleben und die Gesundheit von Hunderten Staatsbürgern hätte kosten können. Wir fordern Sühne für das Leben der beiden Soldaten, deren Körper von den Granaten in blutige Fetzen gerissen wurden, wir fordern für den Schaden, den die Bevölkerung durch den entsetzlichen Unfall erlitten hat. Was gestern in Prag geschah, kann morgen an jedem andern Ort der Republik geschehen, wir sind nie vor den Schreden des Militarismus sicher, das System und seine Handhabung bilden eine stete Gefahr für jeden Bürger, eine doppelte Gefahr für jene jungen Menschen, die monatelang in die Kasernen gesperrt werden, denen man Nordwesten in die Hand gibt, die sich schon heute, mitten im Frieden, wie der gestrige Vorfall lehrt hat, allzu leicht gegen sie selbst wenden können. Es liegt im Wesen des Militarismus, Menschenleben gering zu achten. Es ist unsere Aufgabe, die Wertung des Menschenlebens zu verkünden. Das große Unglück, dessen Zeugen gestern Tausende Wähler der Regierungsparteien wurden, könnte nur eine gute Folge haben: Den verblendeten Bürgern, die bisher den Militarismus schützten, ein warnendes Beispiel zu sein und uns so dem wahren Frieden näherzubringen.

Die Katastrophe und ihre Folgen.

Prag, 5. Feber. Heute, kurz nach elf Uhr vormittags, war im weitesten Umkreise der Stadtteile beim „Platz der Republik“ eine furchtbare Detonation zu hören. Die Leute blieben erregt auf den Straßen stehen, sofort bildeten sich Ansammlungen, in denen die Frage, ob ein Unglück geschehen sei, lebhaft diskutiert wurde. Die Passanten, die gerade den „Platz der Republik“ passierten, sahen nach der Detonation, deren Aufbruch sie fast zur Erde riß aus der vom „Platz der Republik“ zu den sogenannten Petersquartieren führenden engen Tischnergasse einen dichten, schwarzen Qualm herausströmen. Begleitet war die Detonation von dem Klirren zerplatzender Fensterscheiben und dem Herunterprasseln abgerissener Fassadenstücke. Die in die Tischnergasse eilenden Passanten sahen

ein entsetzliches Bild:

Schutt und Trümmer bedeckte die Gehsteige dieser Gasse, aus den Häuserfassaden ragten zerbrochene und verbogene Fensterrahmen. Besonders die in der Mitte der Gasse gelegenen Häuser Nr. 12 und 17 boten einen furchtbaren Anblick. Im Hause Nr. 12 ist zu ebener Erde ein Gemischtwarenladen. Die Tür, die in diesen Laden führt, war zertrümmert. Die Fassade der Hauses zeigte Risse und bloße Mauerstellen.

Und oben, in der Höhe des ersten Stockwerkes, sah man — große blutige Flecke. Knapp daneben lebte ein Stück menschlichen Darmes an der Wand. Doch auch auf den gegenüberliegenden Häusern waren große Blutsflecke zu sehen, auf dem Straßenpflaster lagen Teile zersehener Menschenkörper.

Die ganze Gasse war erfüllt vom angstvollen Schreien der Menschen und vom entsetzten Wimmern der Kinder. Aus den demolierten Fenstern der Häuser blickten angstverzerrte Menschen heraus, die um Hilfe riefen.

Was war geschehen? In den ersten Augenblicken nach der Detonation wußte kein Mensch Bescheid, die wildesten Gerüchte entstanden auf der Straße des Unglücks und durchdrangen dann in rasender Eile die ganze Stadt. Anfangs glaubte man daß in dem demolierten Laden des Hauses Nr. 12 ein Benzinlager explodiert sei.

Die Befürchtung, daß durch die Explosion ein Brand entstehen oder die Häuser einstürzen könnten, ließ die Menschen entsetzt auseinanderjagen. Es dauerte geraume Zeit, bis die Menschen sich von ihrem ersten Entsetzen erholt hatten und planmäßig an die Rettung der Verunglückten zu schreiten begannen. Inzwischen war aus der an der Ecke der Tischnergasse gelegenen Georgskaserne eine Abteilung Soldaten angetrieben, welche sofort die Tischnergasse an beiden Enden abschloß und die Neugierigen aus der Gasse selbst herausdrängte. Von allen Seiten kamen Automobile der Feuerwehr und Rettungstationen angetrieben, ein Polizeiaufgebot rüdte heran. Und jetzt, da endlich eine erste genauere Uebersicht über die Wirkung der Katastrophe und die Art der Verletzungen möglich war, wußte man auch mit einem Male, welche

Ursache

die Explosion gehabt hat.

Die durch die Explosion herumgeschleuderten menschlichen Körperteile waren nämlich mit Uniformstücken bedeckt. Die Todesopfer der Katastrophe waren Soldaten gewesen. Die Annahme, daß die Katastrophe durch Explosion von Sprengstoffen verursacht wurde, gewann immer mehr an Wahrscheinlichkeit, zumal Augenzeugen kurz nach der Explosion zwei Pferde in rasender Jagd in der Richtung gegen die Petersquartiere galoppieren sahen. Ein anderer Augenzeuge sah knapp vor der Katastrophe einen Wagen durch die Gasse fahren, der mit kleinen Kästen besetzt war, und auf dem zwei Soldaten saßen. Die zwei Soldaten lagen jetzt als formlose blutige Masse auf dem Pflaste.

In den Wohnungen der knapp neben der Unfallstelle gelegenen Häuser wurden Hülsenstücke von Handgranaten gefunden. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich bei der Explosion um Handgranaten nach dem bei der tschechoslowakischen Armee gebräuchlichen System Janáček Nr. 23 handelte.

Auf dem Wagen waren also über Befehl einer bis jetzt nicht ermittelbaren militärischen Stelle durch die mit einem holperigen Straßpflaster versehenen engen Gasse leicht entzündbare Handgranaten geführt worden, es genügte das Aufschlagen des Wagens auf einem vorstehenden Pflasterstein — und das Unglück mußte geschehen. Der so gefährliche Transport war überhaupt nicht

kenntlich gemacht worden, keine Militäresorte machte die Passanten darauf aufmerksam, daß verderbliche Nordwesten durch eines verkehrsreichen Stadtteiles gefahren das um die Mittagsstunde lebhafteste Gewühl werden.

Eine ungeheure Menschenmenge blockierte sofort die beiden die Straßen absperrenden Militärkordons. Mit Windeseile hatte sich die Schreckensnachricht durch die ganze innere Stadt und bis weit in die Vororte hinaus verbreitet, eine ungeheure Empörung und Aufregung bemächtigte sich der Bevölkerung.

Die aufgebotenen Rettungsmannschaften hatten auf dem ungeheuren Trümmerfeld der Tischnergasse eine große gefährliche Arbeit zu leisten. Da die Explosion viele Häuser in ihren Grundfesten erschütterte hatte, war nicht daran zu denken, in viele Häuser durch das Treppenhaus einzudringen. Die Rettungsarbeiten mußte mit Hilfe von Leitern ausgeführt werden. Erschütternd waren die Szenen wenn Menschen mit von Blut bedeckten und vom Rauch geschwärzten Gesichtern in den zerbrochenen Fensterrahmen erschienen und die Retter herbeiwinkten. Eine Reihe von Verletzten war nach der Explosion sofort in die Georgskaserne geeilt und wurde dort verbunden. Die anderen holte man mühselig aus den Häusern heraus und brachte sie zu den Ambulanzwagen der Rettungskolonnen. Zahlreiche Ärzte stellten sich sofort dem Rettungsdienst zur Verfügung und mühten stundenlang arbeiten.

Während man kurz nach dem Unglück annahm, daß nur die zwei Soldaten als Todesopfer zu beklagen seien, verdichtete sich später die Annahme immer mehr, daß die Explosion

nach weitere Todesopfer

gefordert hat. So will ein Augenzeuge gesehen haben, daß durch die Explosion ein Dachdecker von dem Dache eines Hauses in der Tischnergasse heruntergeschleudert wurde. Andere Augenzeugen haben knapp vor der Explosion in der Nähe des Munitionswagens Kinder gesehen. Bei der ungeheuren Verwirrung, die durch die Explosion hervorgerufen wurde, konnte im Laufe des Nachmittags überhaupt nicht festgestellt werden wer sich überhaupt zur Zeit der Explosion in der Gasse befand. Es besteht somit die Möglichkeit, daß auch Passanten von den explodierenden Handgranaten in Stücke zerrissen wurden, ohne daß sich bisher feststellen läßt, ob dem tatsächlich so ist.

Die Anzahl der sichergestellten Verletzten steigerte sich mit jeder Viertelstunde. Denn viele der Verletzten konnten nur allmählich aus den demolierten Häusern herausgeholt und verbunden werden. In den ersten Nachmittagsstunden meldete die Feuerwehrstation

insgesamt 21 Schwerverletzte und 92 Leichtverletzte.

Doch ist es möglich, daß sich diese Zahl durch nachträgliche Meldung von Verletzten noch erhöhen wird.

Der Sachschaden ist vorberhand noch nicht abzuschätzen. Fast alle in der Mitte der Tischnergasse stehenden Häuser sind mehr oder minder schwer beschädigt. An einigen Häusern sind die Fassaden und Fenstergesimse vollständig zertrümmert worden bei einem Haus ist das Dach eingestürzt. In der ganzen Gasse sind die Fensterscheiben zertrümmert, in vielen Wohnungen hat die Einrichtung schwer gelitten, in einigen sind die Möbel vollständig zertrümmert worden. Einige der Geschäfte in der Tischnergasse sind gänzlich verwüstet. Viele Bauten hat die Gewalt der Explosion zerplittert, auf den Gehsteigen häufen sich die Scherben und die Ueberreste der Gesimse.

Das entsetzlichste Bild bieten wohl, wie schon gesagt, die Fassaden der Häuser Nr. 12 und 17, an denen die Blutsflecke zu sehen sind. Besonders das Haus Nr. 12 weist in der Höhe des ersten Stockes eine ganze Reihe solcher Flecke auf, auf dem Dach dieses Hauses fand man sogar Bestandteile eines menschlichen Gehirns.

Auf der Stätte des Explosionsunglücks, das das größte ist, das Prag je erlebt hat, erschien bald eine Untersuchungskommission der Polizei, der Militärbehörden und des Gerichts. Wie diese Kommission festgestellt hat,

umfaßte der Transport ungefähr 400 Handgranaten in 22 Kisten. Der Transport stammte aus dem Munitionslager in Hostivitz und umfaßte ursprünglich 31 Kisten. 9 dieser Kisten waren im Wagazin am Bohotels abgeladen worden. Die restlichen 22 Kisten waren für die Tischnergasse in Karolineenthal bestimmt. Die Handgranaten behielten Trinitrotolol als explosive Substanz. Den Transport hatten die beiden Soldaten, Zugführer Flabázel und Soldat Hrubý, zu begleiten. Die Militärverwaltung erklärt zwar in einer amtlichen Mitteilung, daß die Kisten vorschriftsmäßig plombiert und überprüft auf den mit Pferden bespannten Wagen verladen wurden. Die Militärverwal-



Der Schauplatz der Katastrophe.

Man muß jedoch, wie sie feststellt, eine Untersuchung dahin durchzuführen lassen, ob der Transport mit genügender Einhaltung der für die Beförderung von Schießmaterial gültigen Vorschriften erfolgt ist.

Man kann nach dieser amtlichen Mitteilung wirklich begierig sein, wenn die Militärverwaltung für die Explosion verantwortlich machen wird.

Die Erregung der Bevölkerung

steigerte sich nach dem Bekanntwerden der Ursachen der Explosion ins Ungeheure. Sämtliche Prager Abendblätter veranstalteten Sonderausgaben, die den Verfassern an den Straßenecken aus den Händen gerissen wurden. In allen Lokalen Prags, auf der Elektrischen, fuß überall, bildete die Katastrophe den einzigen Gesprächsstoff.

Die Empörung der Bevölkerung über den Leichtsin der verantwortlichen Stellen ist eine elementare. Mit Recht wird darin hingewiesen, daß die Folgen des Unglücks unabsehbar gewesen wären, wenn ein Fuhrwerk mit so leicht explodierbarer Munition in einer belebteren und verkehrsreicheren Straße der Stadt in die Luft gegangen wäre. Und dies hätte auf dem Wege, den der Munitionswagen vom Postort durch die Stadt nahm, sehr leicht geschehen können!

Am Schauplatz des Unglücks.

Berichte von Augenzeugen.

Die Tischnergasse bot wenige Minuten nach der Explosion ein grauenvolles Bild. Die Bewohner der Häuser waren im Glauben, es gebe ein Erdbeben, aus ihren Behausungen geflohen. Auf ihren Gesichtern, die zum Teil blutüberströmt waren, malte sich die Angst und der Schreck, den sie eben erlebt. Die Straße war mit verbogenen Eisentüden, Teilen von Blechbeschlägen, allerlei Hausrat, Steinen und Geröll überfüllt.

Herr Josef Blecha, Feuerwehrkommandant von Vyšocan der zur Zeit der Explosion eben in dem in der Tischnergasse Nr. 13 gelegenen Geschäft Hermann und Jeral gewesen war, erzählte uns folgendes: „Als die Detonation ertönte, eilte ich, sowie das ganze Personal des Geschäftes, auf die Straße, um zu sehen, was es gäbe. Im selben Moment eilten auch zahlreiche andere Leute aus dem Hause und man erkannte bald, daß der gerade durch die Straße gefahrene Munitionswagen in die Luft gegangen war. Zahlreiche Häuser zeigten Blutsflecke, die Fassadenzerstörungen waren auf die Straße gestürzt, ein Balkon hing in der Luft. (Feuerwehr beseitigte später, da die Gefahr des Sturzes auf die Straße bestand, den Balkon zur Gänze.) Sämtliche Fensterscheiben waren zertrümmert, Jalousienstücke hingen von den Häusern herab, zwei Fingerbreit hoch lag Glas auf der Straße. An Stelle der Läden und Auslagen befanden sich nur schwärze Löcher in denen in Stücke gebauene eiserne Türeinfassungen lagen. Herr J. m. e. b. a. c., der Besitzer eines Mineralwassergeschäftes, lag auf dem Pflaster, erhob sich aber bald, furchtbar bleich und erschüttert. Er hatte einen starken Nervenschok erlitten.“

Der Professor eines in der Tischnergasse gelegenen Realgymnasiums erzählte unserem Berichterstatter, welcher furchtbaren Eindruck die Katastrophe in der Schule machte. Gerade wenige Minuten vorher hatten die Schüler einer ganzen Klasse den Ort passiert. Es gelang zwar bald, die Schüler zu beruhigen, aber an eine Fortsetzung des Unterrichtes war natürlich nicht zu denken.

Ein Chauffeur, der in einem knapp an der Unglücksstätte stehenden Auto sah erzählte uns, wie er aus dem Sitz geschleudert wurde. Er machte einen Purzelbaum in der Luft, kam aber so zu Fall, daß ihm nichts passierte. Auch das Innere der Häuser ist stark be-

schädigt. In den Wohnungen sind Möbelstücke umgeworfen und von den einstürzenden Mauer-

Noch um 12 Uhr kamen verwundete Personen aus den Häusern, um sich von den zahl-

Ein anderer Zeuge schildert uns, wie ein in einem Hause arbeitender Rauch-

Verhaftung dreier Offiziere?

Wie am Tatort verlautete, hat General Shroy die Verhaftung dreier Offiziere, die da-

Der Staat ersucht den Schaden.

Wie wir erfahren, haben die am Tatort er-

Der schweigende Stübbrn.

Nach der Katastrophe erschien auch Landes-

Verlegung der Georgskaserne?

Wie General Gajda den am Unglücksort

2 Tote und 69 Verletzte.

Prag, 5. März. Die amtlich sichergestellte

Das Urteil im Haag am 18 März.

Die Schlussreden der Angeklagten.

Haag, 5. März. In seinem Schlusswort er-

Mankowich erklärte, daß er den Auftrag

Mankowich, der ungarisch sprach, sagte,

Balkanvici bei der Polizei.

Wien, 5. März. Die „Neue Freie Presse“



Die Leberreste der beiden Opfer.

Tages-Neuigkeiten.

„Der Flötenspieler der Demokratie“.

So nennt allen Ernstes die Wiener

Wir sind überzeugt, daß sich auch nicht der

Selbst in der deutschböhmisches Frage war

„Beneš bedeutet einen Hauch Fried-

Man kann den Oesterreichern nur gratulie-

Häuserwände, als Opfer eines Systems, das der

Blut und Geschäft. Den Gipfel der Geschm-

Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!

Wenn ein tschechoslowakischer Minister eine

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 7. d. M.

Prag, 10.15: Wainec; 10.30: Konzert; 18:

Wellenlängen der Stationen: Prag 368,

— dann bringt diese welterschütternden Ereignisse

Selbstmord des Brünner Advokaten Goller.

Wintergewitter über Deutschland. Das von

Der Hauptauschuß des Deutschen Landes-

Die Generalversammlung des Bundes der deut-

Die englische Tibet-Expedition, die mehrere von der tibetischen Regierung angekaufte elektrische Maschinen nach Lhasa bringen sollte, ist, wie aus London gemeldet wird, von Tibetern angegriffen und bis auf den letzten Mann niedergemetzelt worden. Die im Herzen des Himalaya verlichtete Karawane bestand aus Tibetern, die mit einer in England hergestellten Elektrizitätserzeugungsmaschine nach Lhasa unterwegs waren. Es war die erste Maschine dieser Art, die eigens für die „verbotene Stadt“ gebaut worden ist. Eine der Bedingungen des Kontraktes bestand darin, daß sie kein Engländer in die Stadt bringen dürfe. Um diesen Wunsch zu erfüllen, hatte die tibetische Firma, Crompton u. Co., einen jungen Tibetaner angestellt, einen Verwandten des Dalailama, der mit der Maschine England vor etwa acht Monaten verließ. Als die Karawane einen Bergpaß 1200 Fuß über dem Meeresspiegel kurz vor Lhasa passierte, wurden sie ermordet, die Maschinen wurden zerstört und einen tiefen Abhang hinabgestürzt. Es ist dies das erste Mal, daß die Tibetaner ihre eigenen Vandalen aus religiösem Fanatismus ermordet haben.

Ein fiescher Raubüberfall hat sich in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in der Rennstraße in Berlin ereignet. Ein junger Mann hatte sich im Zentrum einen Kraftwagen genommen und sich bei dem Anhalten in der Rennstraße auf den Chauffeur mit der Aufforderung gestürzt: „Geld heraus oder ich schieße!“ Der Chauffeur war gelbesgegenwärtig genug, dem Räuber die Pistole hochzuschlagen, so daß dieser nicht zum Schießen kam. Als dieser seinen Plan scheitern sah, eilte er davon; der gelbesgegenwärtige Chauffeur mit seinem Kraftwagen hinter ihm her. Schließlich Netzte der Räuber in der Viktoriastraße über einen Zaun und schlüpfte durch den Garten eines Villengrundstückes. Die polizeilichen Nachforschungen sind bis jetzt vergeblich gewesen.

Eine blutige Ehe tragödie ereignete sich Donnerstag vormittags in der Teltowerstraße in Berlin. Das unglückliche alte Ehepaar Sebelke — der Mann ist 60 Jahre alt, die Frau 13 Jahre jünger — war im Begriff, sich scheiden zu lassen und den Weg zum Gericht anzutreten, als der Ehemann ohne jede weitere Erklärung seiner Frau in den Hals schoß und sich dann selbst das Leben nahm. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.

Wetterbericht vom 5. März. Infolge Zustufes milder Luft erhoben sich Donnerstag die Tagestemperaturen in Böhmen auf 10 bis 12 Grad C., in den mittleren Teilen der Republik auf 12 bis 14 Grad, während sie in der Ostslowakei stellenweise nicht einmal 5 Grad erreichten. In den Abendstunden brach in Böhmen vom Westen her kaltere Luft ein. In Prag sank nach 19 Uhr während einer heftigen Regenböe die Temperatur um 6 Grad C. Auf den westböhmisches Bergen fiel bis früh rund 20 Zentimeter Schnee. Die heutige Frühtemperatur lag im allgemeinen nahe 0, bei veränderlicher Bewölkung, oft stellenweise Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von Samstag: Noch veränderlich, kühl, zeitweise frischer Wind aus nordwestlicher Richtung.

„Wie heißt du denn?“

Eine sehr nette Kindergeschichte aus Königsberg wird im „Berliner Börsen-Kurier“ erzählt. Der bekannte Kinderarzt Professor F., Leiter der Kinderklinik einer Universitätsstadt, dessen Ruf weit über sie hinausgeht, steht mit seinen kleinen Patienten meist auf freundschaftlichem Fuße. Eines Tages wird ein vierjähriges Mädchen eingeliefert, aus irgendeinem weltverlorenen Dorf, das außer dem heimischen Platt nur einige Worte Hochdeutsch kann und diese in Form eines Sprüchleins, das es auf die übliche Frage: „Wie heißt du denn?“ herunterbetet.

Beim ersten Besuch bekommt es auch der Herr Professor auf seine Frage zu hören. Der mit tiefem Ernst vorgetragene Satz: „Ich heiße Lieschen Rebeschus aus Kobellen, bin vier Jahre alt, noch unverheiratet“, klingt wegen des ungewohnten Hochdeutschen so erheitend drölig, daß sich der weiße Herr Professor nicht enthalten kann, beim Weggehen nochmals zu fragen: „Also, wie heißt du doch?“ Am nächsten Tage tut er amüsiert die gleiche Frage und am folgenden Tage, als er an das Bettchen tritt, ebenfalls.

Man stelle sich die Gesichter der umgebenden Ärzte und Schwestern und namentlich des Herrn Professors vor, als das Kind ihm diesmal höchst unwillig und geringschätzig im gewohnten Platt entgegenkam:

„Aff, wat fragst, vergästt je doch!“ (Aff, was fragst — vergißt es ja doch!)

Gerichtssaal.

Beurteilung einer Gemeindevertretung.

Wegen „Beleidigung“ der Regierung.

In der Sitzung der Gemeindevertretung Breditz vom 17. September 1925 beantragte der kommunistische Gemeinderat Stephan Koneppl eine Entschliegung gegen die schwebelungen in deutscher und tschechischer Sprache. Die Entschliegung wurde einstimmig angenommen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen die anwesenden 24 Mitglieder der Gemeindevertretung und den Vorsitzenden die Anklage wegen Beleidigung einer Behörde. Nachdem die erste Hauptverhandlung, welche am 3. Februar 1926 stattfand, wegen notwendigen Feststellungen vertagt werden mußte, fand die Schlussverhandlung am Mittwoch, den 3. März vor dem Bezirksgericht in Auffig statt. Der

Einzelrichter Dr. Koppert, gab bekannt, daß die Staatsanwaltschaft in Leitmeritz auf die amtliche Anfrage mitgeteilt habe, daß sie die Anklage wegen des ganzen Inhaltes der gefaßten Entschliegung und sowohl des deutschen als auch des tschechischen Textes erhebe. Der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Kahn aus Auffig, beantragte den Freispruch aller Angeklagten mit dem Hinweis, daß die tschechoslowakische Regierung auf Grund des Pariser Manifestes vom 28. Oktober 1918 sich selbst aus dem Nationalausschusse gebildet und als Vollstreckerin der staatlichen Oberhoheit bezeichnet habe, daher nicht als öffentliche Behörde im Sinne der Strafgesetze angesehen werden könne. Es sei auch eine Verjährung der Tat dadurch eingetreten, weil die Staatsanwaltschaft in Leitmeritz erst nach Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist den Gegenstand der angeklagten Beleidigung genannt habe und die Verfolgung der Angeklagten erst auf Grund einer durch die politische Bezirksverwaltung gemachten Anzeige eingetreten sei.

Der Einzelrichter erkannte 17 Mitglieder der Gemeindevertretung im Sinne der erhobenen An-

klage schuldig, weil sie für die deutsche Uebersetzung der Entschliegung gestimmt haben und verurteilte den Vorsitzenden Gen. Ernst Lahr zu 14 Tagen Arrest, den Antragsteller der Entschliegung zu 10 Tagen und die Mitglieder der Gemeindevertretung Richard Dominik, Wilhelm Krepis, Jaroslav Hendrych, Maria Chrasl, Wenzel Scheller, Wenzel Denk, Karl Jenker, Karl Kohler, Emil Sehring, Josef Sehring, Josef Kant, Eduard Bergmann, Johann Schafranek, Josef Dominik und Josef Motinar zu je fünf Tagen Arrest, verhängt mit einem Fasttag, bedingt auf ein Jahr. Die übrigen Angeklagten, Josef Weißbach, Frz. Kuscher, Cajllie Herbanm, Ida Bernisch, Franz Kuf, Emil Fabianitsch und Wenzel Hiele wurden freigesprochen. Wegen der Annahme des tschechischen Textes der Entschliegung erfolgte Freispruch aller Angeklagten. Der Verteidiger und der Staatsanwaltschaftliche Funktionär meldeten die Berufung gegen das Urteil an.

Die beleidigte Regierung hat also volle Genugtuung erhalten und ihr Ansehen ist wieder hergestellt.

Sowjetjubiläum und Totenbilanz.

Fünf Jahre bolschewistische Okkupation Georgiens.

Die Jahre gehen dahin. Noch glimmen die Mütter der Leidensgeschichte des georgischen Volkes, aber das eilende Leben läßt es nicht dabei verweilen, man geht sorgenvoll vorbei und will zu vergessen suchen.

Schon fünf Jahre waren am 25. Februar verfloßen, seitdem die Kanonen des russischen Sowjetreiches die Hauptstadt des menschweritischen Georgiens — Tiflis — bombardierten, seit die russischen Kommunisten sich die Macht durch die Militärgewalt erwarben und das ganze Land okkupierten.

Auf einen Augenblick richtete sich damals die Aufmerksamkeit der ganzen Welt und besonders der sozialistischen auf dieses sagenreiche Land, wohin die Soge nicht nur den kühnen Argonautenfeldzug, sondern auch die Prometheus-leiden verlegte. Man bewunderte damals mit größtem Interesse den heroischen Widerstand, den das kleine, tapfere Volk dem russischen Kolos leistete.

Längere Zeit beschäftigten sich ferner die internationalen Journalisten mit diesem Fall. Dank ihrem Eifer mußte zuerst Trozki und dann Kadel gestehen, daß es sich eigentlich

um die Naphthoquellen

(Petroleum) und nicht um Georgien gehandelt habe, und daß es nur Georgiens Unglück war, daß die für Rußland so notwendige Naphthaförderung von Baku bis zum Schwarzen Meer durch das georgische Gebiet gelegt ist. Für Naphthogeschäfte spielen doch die Menschen und Völker keine Rolle; ganz gleich, ob Kapitalisten oder Kommunisten diese Geschäfte treiben!

Auch die Diplomaten bei dem Völkerverbund waren von diesem Bericht beunruhigt, keuzten aus Mitgefühl teils offener, teils heuchlerisch (wie zum Beispiel Lloyd George, der noch ein paar Monate vor dem Einfall Krowstins erklärt hat, daß er den Kaukasus als Einflußsphäre der Sowjetrepublik betrachte) über das schwere Schicksal des schönen Landes und des mutigen, gastfreundlichen Volkes. Sie überlegten sich aber, wie der Fall im schnellsten formell zu erledigen sei, um die Beziehungen zu Rußland darüber nicht zu verschlechtern.

Die Parteiorganisationen haben sich den georgischen Fall am tiefsten zu Herzen genommen, da es ein Zusammenstoß zweier Richtungen, zweier Methoden im Sozialismus war, und nie hat sich die zynische Diktatur des Kommunismus so deutlich gezeigt, wie im Falle der Machteroberung in Georgien. Fast alle Arbeiterorganisationen haben einmütig gegen die grobe Gewalt protestiert. Die Internationale hat sich besondere Mühe gegeben, in diese Angelegenheit helfend einzugreifen, zwischen dem Volke und den Kommunisten zu vermitteln und eine Basis zur Verständigung zu finden, aber die Moskauer Herrscher lehnten alle Vorschläge ab und die Sache blieb so, wie sie war.

Es traten neue schwere Fragen in den Vordergrund der Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterklasse, es kamen die großen Sorgen der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, es enthielt sich des unmittelbaren Clend der Arbeiter in Deutschland, England und anderen Ländern, und man hatte sich auf die Lösung dieser Fragen zu konzentriert.

Und so kam unbemerkt das fünfjährige Jubiläum der Sowjet-Okkupation Georgiens. Da ist es unere Pflicht, zu erinnern, was unbestreitbar ist, was auf dem kurzen, fünfjährigen Wege dem georgischen Volke geschehen. Wir müssen die Bilanz der Opfer feststellen, die nicht der Krieg, sondern der „Friedenszustand“ während der Bolschewistenherrschaft gefordert hat. Wir wollen vor allem nicht vergessen, daß schon die Eroberung der Macht vor fünf Jahren ungefähr

30.000 Opfer gefordert

hat, daß schon zwei Monate nach der hochmütigen Amnestieerklärung Tausende von Arbeitern und Bauern in Kerkern eingeschlossen wurden; daß in den ersten zwei Jahren die besten Vertreter der Arbeiterschaft und der Intelligenz nach Rußland verbannt und dort ins Gefängnis geworfen wurden, wo viele von ihnen bis heute noch sitzen. Hunderte von Arbeitern wurden „aus Gnade“ nach dem Ausland verbannt, wo sie jetzt das Leben in französischen Fabriken und Farmen führen. Die besten

Vertreter der Sozialdemokratie sind durch die Leiden der Befreiungsgesellschaft frühzeitig gestorben. Den Leichnam des Gründers der georgischen Sozialdemokratie, Dschibladze, haben die Tschechisten in der Nacht geraubt, um die Begräbnisfeierlichkeiten nicht dem Volke zu überlassen, da sie eine große feindliche Arbeiterdemonstration fürchteten. Schon im Jahre 1922 war der Terror als Hauptmittel gegen die georgische Sozialdemokratie erklärt und so erfolgreich durchgeführt, daß in den ersten drei Jahren der Besetzung die Opfer der Sowjetregierung man noch Tausenden zählen konnte. Aber dies war alles noch nichts im Vergleich mit dem Volksaufstand im Herbst 1924. Dieser Aufstand wurde, wie bekannt, mit besonders herzloser Brutalität unterdrückt. Die englische Delegation, die so begeistert von der Kommunistenitätlichkeit schreibt, muß in diesem Punkt (obwohl sie die Schuldfrage verschleierte) abweichen und konstatieren, daß die schlimmsten Ereignisse dieser Tage

Der Guerillakrieg in entlegenen Dörfern

war, wo man keine Schonung des Menschenlebens kannte. Die offizielle Presse hat die Zahl von 7000 bis 8000 angegeben, in Wirklichkeit war sie viel größer. Ganze Dörfer waren dem Erdboden gleichgemacht; die Einwohner vieler wurden nach Rußland verbannt; Hunderte von Weibern wurden erschossen; das kleine Vermögen der Aufständigen wurde konfisziert; die Verwandten, Freunde und Bekannten von ihnen verfolgt und ruiniert. Das sind allgemein bekannte Tatsachen. Heute soll man sich bloß daran erinnern.

Man möchte den Bolschewisten gern glauben, daß sich jetzt alles beruhigt hat, denn es sind schon 18 Monate vorübergegangen. Aber wir hören leider noch jetzt (Anfang Februar) von Todesurteilen für die Teilnahme am Aufstand.

Es wurden eben wieder 16 Mitglieder einer Partisan-(Aufständigen)-Abteilung unter Führung eines Vegetskori zum Tode ohne Begründung verurteilt.

Man muß dabei erwähnen, daß die ganze Kolonne von 180 Männern bereits im September 1924 verhaftet wurde, davon sind 100 an Ort und Stelle erschossen worden, die anderen sollten noch bis heute im Gefängnis auf ihr Todesurteil warten, denn trotz der Amnestie wurde das Todesurteil vollstreckt. In derselben Zeit wurden in einem anderen Prozeß acht Leute zum Tode verurteilt. Noch einige gleiche Prozesse sind angekündigt.

Aber das alles genügt noch nicht! Die georgischen menschenwütigen Gespenster verfolgen die Bolschewisten!

Vor zwei Wochen haben sie (Bravda vom 1. Februar) „eine neue georgische Verschwörung“ angekündigt, die jetzt in — der Ukraine, in Kiew, entdeckt worden ist, und zwar sollte die georgische Kolonie zu Kiew ganz menschenwütig (sozialdemokratisch) sein; sie hätte den Boten der georgischen Emigranten empfangen (der allerdings die ganze Verschwörung verteilte) und hätte auch enere Beziehungen mit der georgischen Kolonie zu Kojtow (am Schwarzen Meer) und Astrachan (am Kaspischen Meer) angeknüpft, um in Tiflis die noch verbliebenen sozialdemokratischen Organisationen zu unterstützen. Man darf nicht bezweifeln, daß es sich wieder um einen großen Prozeß handeln wird und es ist sicher, daß die höchste Strafe (Todesurteil) angewendet werden wird.

Ist denn nicht genug Blut geflossen?

Ist es denn nicht zu reichlicher Luxus für ein kleines Volk, wie es das georgische ist, in fünf Jahren bis 50.000 Menschen zu verlieren? Wenn es in Georgien wirklich gut geht und sich alles beruhigt hat und das Volk wirklich zufrieden ist, dann brauchen die Bolschewisten die Auslöschungsverordnungen nicht zu entdecken, um neue Ausrottungen vorzunehmen! Denn brauchen sie für alte politische Sünden, die längst amnestiert waren, nicht Todesurteile zu fällen und zu vollstrecken.

Jedenfalls — am Tage der Jubiläumsfeier — ist es notwendig, die Totenbilanz nicht zu vergessen und den heißen Wunsch zu äußern, daß sich die Zahl der Todesopfer nicht vergrößert.

J. G.

Volkswirtschaft.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht v. 5. März.) Die heutige Börse wurde schwach besucht und das Geschäft bewegte sich in engeren Grenzen. Am Getreidemarkte vermochten sich die Preise von Dienstag zu behaupten. Roggen tendierte eher schwächer, während Hafer sich bestigen konnte. Auch der Futtermittelmarkt blieb ohne Preisänderungen. Gleichfalls auf den übrigen Gebieten, namentlich auf dem Samenmarkte, sind keine nennenswertere Preisveränderungen zu verzeichnen. Bloß amerikanisches und ungarisches Fett tendierte heute etwas fester. — Es wurde notiert: Böhml. Weizen 190—195 ab Prag, böhm. Roggen 125—130 ab Prag, böhm. Merkantilerste 130—135 ab Prag, böhm. Auswählerste 140—150, böhm. Hafer feuchter 132—135, böhm. Weißhafer 140—145, ameril. Patentmehl 3.55—3.65, Teichmehl, Weizenmehl 3.50 bis 3.55, Weizenbrotmehl Nr. 4 1.85—2.05, Roggenmehl 0/1 2.30—2.35, Gleichmehl 1 2.10—2.15, Weizen Grieß 3.00—3.70, Mais jugosl. 90 ab Preßburg, Mais rumän., kleinfrönig 110 ab Ederberg, Mais Cinquintina 113 ab Ederberg, amer. Fett 13.90—14, ab Teichmehl, ungar. Fett 14 ab Szob, überaus unverändert.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 5 vom 1. März 1926 hat folgenden Inhalt: Unsere Genossenschaftsbibliotheken, von G. W. — Von der personalen zur familialen Konsumgenossenschaft. Von Bruno Fischhäusch (Germörsdorf, Thüringen). — Einkommensteuer. — Geschäftspraktiken. — Sauerungsaktion. — Die Kulturbedeutung des Genossenschaftswesens in der Weltkrise der Gegenwart. Von Prof. Dr. Hans Müller (Jena [Schulz]). — Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Presserundschau. — Aus den Konsumvereinen. — Literatur. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Kunst und Wissen.

Wagners „Tristan und Isolde“, dieses glühvollste Liebeslied der Musikliteratur, gab am Donnerstag im Neuen Deutschen Theater Anlaß zu einem Gastspiele des Wiener Geldtenors Richard Schubert. Viel zu selten kommt dieser gottbegnadete Sänger zu uns, der stimmlich heute der einzige wirkliche und ideale Heldentenor der deutschen Opernbühnen ist und auch darstellerisch von einer alle anderen Tenöre überragenden Art. Sein Tristan ist übrigens der beste gegenwärtig existierende; außerordentlich potend in dramatischer Hinsicht, von fast unheimlicher Ausdauer im Gefanglichen. Schuberts sieghafte Stimme erweist sich nicht nur dem rücksichtslosten Orchester gegenüber immer gewachsen, sondern kennt auch keine Ermüdung. Nicht einmal die leichte Indisposition, gegen die Schubert diesmal anzukämpfen hatte, vermochte seiner stimmlichen Entfaltung sonderlich zu schaden. Eine kongeniale Partnerin hatte er an Frau Suzanne Jicha-Göhl, die zum erstenmale die Isolde sang. Im vorigen Jahre noch haben wir diese eminente Gesangsünstlerin als musterergültige Brangäne bewundert. Es ist erstaunlich, zu welcher überragender gefangenschaftlicher Größe Frau Jicha-Göhl innerhalb eines Jahres emporgewachsen ist. Ihre Isolde ist schon darstellerisch eine offenbare Leistung, die beglückend, aufs tiefste erschütternd und aufs höchste begeisternd wirkt; gefanglich aber zeigt sie uns eine Heroine, die durch und durch vom Geiste des Wagner'schen Musikstiles erfüllt ist und, — was wir ihr als höchste Tugend anrechnen, — selbst im größten dramatischen Affekte immer Gesangs-Künstlerin bleibt, das heißt wirklich singt und dem Adel und der Schönheit des Gesangstones stets treu bleibt. Schon das Zusammenwirken dieser beiden hervorragenden Künstler gestaltete diese „Tristan“-Aufführung zu einem wahrhaftigen Erlebnis und seltenen musikalischen Feste. Aber auch die übrigen Mitwirkenden gaben, angespornt durch die begeisternden Leistungen der beiden Hauptdarsteller, ihr bestes Können her, um die besondere künstlerische Bedeutung dieses von Kapellmeister Steinberg mit leidenschaftlicher Effekte geleiteten Opernabends zu betonen. Das beifallsbegeisterte Haus war leider nicht ausverkauft. —

Neueinstudierung „Die Geisha“. Die Operette bereitet für Donnerstag, den 11. d. M., eine Neueinstudierung von Edwin Jones „Geisha“ vor. Die Titelfrolle wird Lily de Garmo singen.

Das Schauspiel des Deutschen Landestheaters bringt in der nächsten Woche ein Lustspiel, das in den letzten Jahren erschienen ist, „Die heimliche Brautfahrt“ von Leo Venz. Im Laufe dieses Monats erscheint dann noch weiter „Turando“ nach Gozzi bearbeitet von Dr. Walter Burggraf. Hierauf folgt das amerikanische Sensationsstück „Der 13. Stuhl“ und gegen Ostern Zuckmayers vielumstrittene Komödie „Der fröhliche Weinberg“. Weiters bereitet das Schauspiel auch noch die „Ratten“ von Gerhart Hauptmann mit Else Lehmann und Direktor Leopold Kramer in den Hauptrollen vor. Anfangs Mai eröffnet Albert Basser mann mit seiner Frau Elise Schiff-Bassermann ein mehrabendliches Gastspiel, bei welcher Gelegenheit er auch in „Stäben der Gesellschaft“ den Konul Bernd mit Elise Lehmann, die Lona Hessel spielen wird. Er wird auch den „Wallenstein“ spielen in einer Zusammenziehung der „Piccolomini“ und „Wallenstein's Tod“ an einem Abend. Für Schillers Todesstag im Mai ist eine Aufführung der „Brau von Messina“ unter der Regie Direktor Leopold Kramers geplant. Die Kleine Bühne bringt dann „Das Spiel von Tod und Liebe“ von Romain Rolland, und gegen Ende April ein Gastspiel der berühmten Komikerin Gisela Werbzeitz in einigen ihrer besten Rollen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag.



Sie sind nicht eitel, wenn Sie treue Abnehmerin des vorzüglichen

MENTHOL-FRANZBRANTWEINES ALPA sind.

ALLE DAMEN ohne Altersunterschied sind verpflichtet, ihr Antlitz vor Störungen durch Bazilleninfektion zu schützen.

Dieser Schuld Rechnung tragend, kauft eine jede praktische Dame nur den allerbesten Menthol-Franzbranntwein

ALLE DAMEN ohne Altersunterschied sind verpflichtet, ihr Antlitz vor Störungen durch Bazilleninfektion zu schützen.

Dieser ges. gesch. Namen bürgt für die unübertroffene Qualität und ist daher zum Hausliebblinge unserer Damen geworden

Überall erhältlich! - Preis Kc 5-

Bernardino Molinari, der geniale italienische Meisterdirigent, der das Prager Publikum erst in den letzten Wochen mit fünf (!) Aufführungen der Verliov'schen „Totenmesse“ zu fesseln verstand...

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag „Die heilige Ente“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. Arbeiterdarstellung Gastspiel Kramer „Der Teufel, abends „Die verkaufte Braut“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Premiere „Jonny's Busenfreund“, Sonntag nachm. „Die Mama vom Ballett“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag (Bankbeamtenvorstellung) „Charleys Tante“.

Theater-Varieté. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht unstreitig der rätselhafte To Rhama, dessen zum Teil direkt lebensgefährlichen Experimente die Zuschauer in höchster Spannung halten.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher. Druck: Deutsche Zeitungs-N. G. Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Pollt.

Teute schauen lieber weg —, wie er sich eine lange Nadel ruhig in den Oberarm stecken läßt, so daß die Spitze auf der anderen Seite herauskommt, ohne dabei auch nur eine Miene zu verziehen.

Turnen und Sport.

Die Notwendigkeit des Sportarztes.

In Deutschland war zum ersten Mal bei der Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. ein vollkommen neuzeitlich-modernes sportärztliches Laboratorium in Tätigkeit.

Die zweite Station, die serologische Abteilung, beschäftigte sich ausschließlich mit Blutuntersuchungen und Blutprüfungen. Die Erfahrungen, die die Wissenschaft auf diesem Gebiete gemacht hat, sind sehr interessant.

Stellenausschreibung.

Bei der Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig gelangt die Stelle eines Leiters der Bezirks-Berufsberatungsstelle zur Besetzung.

Die ordnungsmäßig gestempelten Gesuche sind bei der Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig bis 31. März 1926 einzureichen.

Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig, am 2. März 1926. Der Vorsitzende: Rud. Müller.

Advertisement for Strickgarne (wool yarn) featuring a star logo and the text 'Edelster Qualität aus reiner Schafwolle' and 'Garantiezeichen'.

tablen Krokodil würde wohl so bald niemand den Raden so seelenruhig auf- und zuckeln, wie ein anderer Mensch etwa eine Zigarettenboje.

Bereinsnachrichten.

VI. Maskenball der Union der Geschäftsbereinden und Vertreter in Prag. Der Maskenball findet unter der Devise „Vom Strohwagen zum Flugzeug“ am 13. März, im großen Lucernsaale statt.

Die Olympiade-Sportler wurden auch einer Königen-Untersuchung unterzogen, um durch Röntgenaufnahmen vor und nach einer Sportleistung die Herzstätigkeit genau zu prüfen.

Die Olympiade-Sportler wurden auch einer Königen-Untersuchung unterzogen, um durch Röntgenaufnahmen vor und nach einer Sportleistung die Herzstätigkeit genau zu prüfen.

Der Arbeitersport steht vor allem seine Aufgabe darin, gesundheitsfördernd zu wirken. Umso dringlicher bedarf der Arbeitersportler und die Arbeiter-sportvereine der Überwachung und Kontrolle durch den Sportarzt.

In Norwegen haben seltsame russische Arbeiterportier Aufsehen erregt.

In Norwegen haben seltsame russische Arbeiterportier Aufsehen erregt. Drei russische Schlittschuh-Wenksler hatten sich am Wetlauf eines norwegischen Arbeiter-Sportklubs in Oslo beteiligt.

Das Herz des Sportlers. Die neuesten Untersuchungen mittels Röntgenaufnahmen haben laut

„Schweiz. Zeitschrift für Gesundheitspflege“ folgende Ergebnisse gezeitigt: Systematisch Sporttreibende zeigen durchschnitts höhere Herzdurchmesser, und zwar betragen diese Durchmesser-Vergrößerungen durchschnittlich: bei Fetzern 0.1 Cm., Boxern, Fußballern, Scherathleten 0.4 Cm., Leichtathleten 0.5 Cm., Bergsteigern 0.8 Cm., Ringer, Schwimern 0.9 Cm., Radfahrern 1.0 Cm., Ruderern 1.2 Cm., Skiläufern 1.5 Cm.

Neue Damenschwimmrekorde wurden in Florida in den Vereinigten Staaten aufgestellt. Martha Korelins aus New York gewann die nationale Meisterschaft im Freispielen, indem sie 200 Yards in 2 Min. 44 1/2 Sek. zurücklegte.

Echt bürgerliche Sport-Moral. Beim Spiel M.A. gegen Vofas am vergangenen Sonntag in Budapest gab es einen bösen Zusammenstoß. Seney (M.A.) setzte Takacs (Vofas) außer Gefecht, und letzterer wurde vollkommen bewusstlos vom Platz getragen.

Eine bürgerliche Hanseaten-Fußballmannschaft, bestehend aus 15 Hamburger und Bremer Spielern, fährt am 6. April nach den Vereinigten Staaten.

Advertisement for Kalla's Fischkonserven, featuring an image of a fish and the text 'Kalla's Fischkonserven werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.'

Advertisement for Bibliotheken (libraries) for organizations, clubs, schools, etc., featuring a large question mark and the name 'Ernst Sattler, Karlsbad'.

Advertisement for AEG-Schreibmaschine (AEG typewriter), highlighting its durability and ease of use, with the text 'Größte Dauerhaftigkeit' and 'AEG-Elektromaterial Brunn'.